

NEOS Gemeinderätin

Kathrin Kaindl, BA

an

Bürgermeister Christian Gepp, Msc

Stadtgemeinde Korneuburg

Dringlichkeitsantrag "Verwaltung 2.0: KI nutzen, Datenschutz wahren – Strategie & Richtlinien für KI-Einsatz in der Verwaltung"

Dringlichkeitsantrag gem. § 46 Abs. 3 NÖ Gemeindeordnung

Dringlichkeitsantrag „Verwaltung 2.0: KI nutzen, Datenschutz wahren – Strategie & Richtlinien für KI-Einsatz in der Verwaltung“

Betreff: Klare Regeln und ein Umsetzungsschrittplan für den datenschutzkonformen Einsatz von KI-Tools in der Stadtgemeinde Korneuburg

Begründung

Die Entwicklung im Bereich Künstlicher Intelligenz schreitet rasant voran und betrifft längst nicht mehr nur Unternehmen, sondern zunehmend auch die öffentliche Verwaltung. Mit dem EU-AI Act, der bereits seit August 2024 gilt und dessen Bestimmungen ab 2025 bzw. 2026 schrittweise verpflichtend werden, stehen Gemeinden vor der Aufgabe, ihre Abläufe rechtzeitig an die neuen europäischen Vorgaben anzupassen. Ohne klare Regeln droht nicht nur Rechtsunsicherheit, sondern auch das Risiko von Datenschutzverletzungen und möglichen Sanktionen. Internationale Beispiele – etwa Strafen gegen KI-Anbieter wegen unzulässiger Datenverarbeitung – zeigen, dass gerade öffentliche Stellen größte Sorgfalt walten lassen müssen.

Neben diesen Risiken sprechen aber vor allem die Chancen dafür, rasch aktiv zu werden: KI kann die Verwaltung effizienter machen, indem sie Mitarbeiter:innen bei Routineaufgaben entlastet, etwa beim Bearbeiten von Dokumenten, bei Recherchen oder in der Bürger:innenkommunikation. Bürger:innen profitieren durch schnellere Auskünfte, transparentere Informationen und leichtere Zugänge zu Verwaltungsleistungen. Damit entsteht nicht nur mehr Serviceorientierung, sondern auch ein Beitrag zu mehr Bürgernähe und höherem Vertrauen in die Gemeindeverwaltung. Voraussetzung ist jedoch, dass die eingesetzten Systeme datenschutzkonform, nachvollziehbar und für alle verständlich sind.

Dringend ist das Thema daher nicht nur, weil die EU-Regelungen bereits in Umsetzung sind, sondern auch, weil Korneuburg frühzeitig die Chance ergreifen sollte, die Verwaltung fit für die Zukunft zu machen. Wer rechtzeitig handelt, vermeidet Risiken, stärkt das Vertrauen der Bevölkerung und nutzt die Potenziale moderner Technologien für eine bürgerfreundliche, transparente und effiziente Stadtverwaltung.

Der/Die Gefertigte/n stellt daher den **Antrag**:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Korneuburg möge beschließen:

1. Erarbeitung von Richtlinien:

Die Stadtgemeinde erstellt bis Ende 2025 verbindliche Richtlinien für den Einsatz von KI in der Verwaltung, mit besonderem Fokus auf Datenschutz (DSGVO-Konformität), Transparenz (Kennzeichnung von KI-Einsatz) und menschliche Kontrolle bei Entscheidungen.

2. Bevorzugung europäischer Lösungen:

Bei der Auswahl von KI-Tools wird grundsätzlich auf österreichische oder europäische Anbieter zurückgegriffen. Anbieter außerhalb der EU dürfen nur genutzt werden, wenn die volle DSGVO-Konformität sichergestellt ist.

3. Pilotprojekt & Schulung:

Bis Mitte 2026 startet die Stadtgemeinde ein erstes Pilotprojekt zum praktischen Einsatz von KI in einem geeigneten Verwaltungsbereich. Gleichzeitig werden die Mitarbeiter:innen geschult, um die neuen Systeme sicher und effizient nutzen zu können.

Unterschrift Gemeinderätin

Korneuburg, 01.10.2025